



Weltgesundheitsorganisation

REGIONALBÜRO FÜR **Europa**

**Siebenundzwanzigster Ständiger Ausschuss
des Regionalkomitees für Europa**

Außerordentliche Tagung

Virtuelle Tagung, 27. April 2020

EUR/SC27(Special)/REP

8. Juni 2020

200421

ORIGINAL: ENGLISCH

Bericht über die außerordentliche Tagung

Einführung

1. In Übereinstimmung mit Regel 5.3 der Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses des Regionalkomitees für Europa (SCRC) hielt der 27. SCRC am Montag, 27. April 2020 eine außerordentliche Tagung in virtueller Form ab, um über die Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) zu diskutieren. Aufgrund der außerordentlichen Umstände und der logistischen Besonderheiten des virtuellen Formats fand die Tagung ausschließlich in englischer Sprache statt.

Eröffnung der Tagung

2. Zur Eröffnung der Tagung begrüßte der Vorsitzende des SCRC, Dr. Søren Brostrøm (Dänemark), die Teilnehmer zu der außerordentlichen Tagung, die einberufen worden sei, um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Unterstützung des WHO-Regionalbüros für Europa für die Mitgliedstaaten durchzuführen und den weiteren Handlungsbedarf zu erörtern. Die Tagung werde auch eine Gelegenheit bieten, um angesichts der Ankündigung einer Einstellung der Beitragszahlungen durch die Regierung der Vereinigten Staaten Fragen zur finanziellen Lage der WHO zu beantworten. Unterlagen über die Finanzierungssituation seien den Mitgliedern des SCRC übermittelt worden.

Annahme der Tagesordnung

3. Die Tagesordnung wurde angenommen.

Erklärung des WHO-Regionaldirektors für Europa

4. In seiner Ansprache an den SCRC hob Dr. Hans Kluge, WHO-Regionaldirektor für Europa, den Ernst der COVID-19-Krise hervor, bei der nun weltweit fast 3 Mio. Fälle zu verzeichnen seien. Die Europäische Region der WHO sei nach wie vor eine der am schwersten getroffenen Regionen, auf die aktuell noch 64% der weltweiten Todesfälle aufgrund der Krankheit entfielen. Auch wenn sich die Fallzahlen im westlichen Teil der Region allmählich stabilisierten, zeige die Kurve im östlichen Teil nun steiler nach oben. Die uneinheitliche Lage innerhalb der Europäischen Region stelle die Flexibilität des Regionalbüros auf die Probe, das sein Äußerstes tue, um alle 53 Mitgliedstaaten bei der Bewältigung einer beispiellosen Herausforderung zu unterstützen. Es werde nach Kräften angestrebt, die zentralen Ziele des neuen Europäischen Arbeitsprogramms 2020–2025 (EPW) zu verwirklichen: niemanden zurückzulassen und die Führungskompetenz der nationalen Gesundheitsbehörden zu stärken.

5. Die WHO unterstütze die Mitgliedstaaten auf vielerlei Weise und verfolge die Situation und die geleistete Unterstützungsarbeit in täglichen Sitzungen des Gesundheitssicherheitsrates, dem der Generaldirektor und die sechs Regionaldirektoren angehörten. Bisher seien in der Europäischen Region insgesamt acht hochrangige Missionen durchgeführt worden, um die Reaktionen auf den Ausbruch zu bewerten und Empfehlungen für das weitere Vorgehen abzugeben. Die WHO sei in der Lage gewesen, sehr schnell auf die Situation in Italien zu reagieren, was vor allem ihrem Europäischen Büro für Investition für Gesundheit und Entwicklung in Venedig zu verdanken sei. In den vorangegangenen zehn Wochen seien 51 fachliche Unterstützungsmissionen in 18 Ländern der Europäischen Region durchgeführt

worden, die Unterstützung in einer Vielzahl von Bereichen wie Laboruntersuchungen, Bereitschaftsplanung in Krankenhäusern, operationelle Planung und Erprobung der Handlungsbereitschaft geleistet hätten.

6. Angesichts der verhängten Ausgangsbeschränkungen leiste das Regionalbüro zudem aus der Ferne virtuelle Unterstützung für die Länder. Die WHO koordiniere die Beschaffung und Verteilung unentbehrlicher medizinischer Hilfsgüter (darunter u. a. Testkits für Labore und Schutzausrüstung) an die Mitgliedstaaten durch die Sonderarbeitsgruppe der Vereinten Nationen für die COVID-19-Versorgungskette. Die Schwerpunktlegung auf die Umsetzung in den Ländern sei vor allem Dank der Länderbüros der WHO und des Programms für gesundheitliche Notlagen möglich. Das Regionalbüro sei umgestellt worden, um den Anforderungen der Länder gerecht zu werden und mit allen verfügbaren Kräften auf eine Bewältigung der COVID-19-Krise hinzuwirken, gleichzeitig aber auch die Kontinuität anderer laufender Maßnahmen zu wahren. Dies habe dazu geführt, dass wesentliche Mitarbeiter und Funktionen zur Verstärkung des für Unterstützung im Bereich Ereignis-Management zuständigen Teams abgeordnet worden seien; dass Unterstützung für die Länderbüros zur Unterstützung bei Aufgaben wie Berichtspflichten geleistet worden sei; dass die Finanzmittel von der GAVI-Allianz und dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria neu ausgerichtet worden seien; und dass die Aktivitäten der Fachprogramme zur Erfüllung der Anforderungen und zur Unterstützung der Mitgliedstaaten angesichts der COVID-19-Pandemie neu ausgerichtet worden seien. Gleichzeitig bemühe sich das Regionalbüro um Unterstützung für die Mitarbeiter der WHO durch die für das geistige Wohlbefinden der Mitarbeiter zuständige Personalbeauftragte und den Betriebsarzt, die Maßnahmen zum Schutz der psychischen und körperlichen Gesundheit und des geistigen Wohlbefindens am Arbeitsplatz ergreifen.

7. Bei der Erfüllung seiner normativen Aufgaben arbeite das Regionalbüro zusammen mit dem WHO-Hauptbüro darauf hin, Instrumente für Entscheidungsträger bereitzustellen, u. a. einen Leitfaden für COVID-19 im Strafvollzug,¹ der mit großzügiger Unterstützung durch die finnische Regierung erstellt worden sei. Im Gesundheitssystem-Reaktionsmonitor zur COVID-19-Pandemie, einer gemeinsamen Initiative des Regionalbüros mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Observatorium für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik, würden die von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen dokumentiert. Über sämtliche Aktivitäten wache der Strategische Beirat zum Thema COVID-19, der im März 2020 einberufen worden sei, um Möglichkeiten zur Verbesserung der Unterstützung der Mitgliedstaaten durch das Regionalbüro zu untersuchen.

8. Für die Bewältigung des Übergangs weg von den beschränkenden COVID-19-Maßnahmen sei ein Übergangsrahmen entwickelt worden, der die zentralen Überlegungen enthalte, welche die Mitgliedstaaten bei der Entscheidung, wann und unter welchen Bedingungen sie auf Grundlage der besten verfügbaren Evidenz die Aufhebung dieser Maßnahmen in Betracht zögen, berücksichtigen sollten. Es sei wahrscheinlich, dass eine allmähliche Übergangsphase über mehrere Monate andauere, während wirksame Therapeutika und ein sicherer, wirksamer Impfstoff entwickelt würden. Sobald das Regionalbüro bedeutende Nachrichten erhalten und entsprechende Leitlinien entwickelt habe, werde es alle 53 Mitgliedstaaten zusammenrufen, um die Informationen zu verbreiten und diesbezügliche Fragen zu beantworten. Informationen und

¹ Siehe: <http://www.euro.who.int/de/health-topics/health-determinants/prisons-and-health/focus-areas/prevention-and-control-of-covid-19-in-prisons-and-other-places-of-detention>.

Wissen würden ebenfalls regelmäßig auf subregionaler Ebene geteilt und dabei die Vielfältigkeit der Europäischen Region berücksichtigt.

9. Es würden Anstrengungen unternommen, um einen neuen Standard für die Einbeziehung der Medien festzulegen. Dabei würden hochrangige Fürsprecher genutzt. Die WHO befinde sich im Visier der Medien. Das Regionalbüro begrüße die umfassende Medienberichterstattung und sei dabei, die Nutzung sozialer Medien und seine wöchentlichen Pressekonferenzen zu optimieren. Nationale Medienkanäle spielten in diesen herausfordernden Zeiten bei der Unterstützung der Arbeit der Gesundheitsministerien eine wichtige Rolle.

10. Das Regionalbüro habe die Rolle als führender Koordinator der Unterstützung für die Mitgliedstaaten begrüßt. Partnerschaften und Zusammenarbeit stellten wichtige Aspekte der Umsetzung des EPW dar. Vor diesem Hintergrund würden Partnerschaften gestärkt, insbesondere auf subregionaler Ebene. Es seien externe Kooperationspartner einbezogen worden, um Möglichkeiten zu prüfen, wie sich eine angemessene Finanzierung für die ehrgeizigen Ziele des EPW gewährleisten lasse. Auch wenn die Maßnahmen im Kampf gegen COVID-19 eine Änderung der Prioritäten erforderlich gemacht hätten, böte diese Krise für das Regionalbüro auch die Chance, seinen Wert zu verdeutlichen. Die Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Europäischen Kommission für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen sei ausgebaut worden, über die eine Finanzhilfe in Höhe von 30,5 Mio. € für die Unterstützung der sechs Länder der Östlichen Partnerschaft in zwei Phasen zugewiesen worden sei: Reaktion auf und Eindämmung der COVID-19-Pandemie; sowie Stärkung der Gesundheitssysteme und Bereitschaftsplanung für zukünftige Notlagen. Die Beiträge und Zusagen der Mitgliedstaaten in der Europäischen Region in Reaktion auf die globalen Appelle im Kampf gegen COVID-19 seien besonders großzügig gewesen: 42% der globalen Bereitschaftsplanung und Gegenmaßnahmen seien durch die Europäische Region finanziert worden. Darüber hinaus seien im Regionalbüro konkrete Beiträge aus verschiedenen Mitgliedstaaten eingegangen.

11. Hinsichtlich der vorläufigen Einstellung der Finanzmittel an die WHO vonseiten der Vereinigten Staaten sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unklar, ob von diesem Politikwechsel nur freiwillige Beiträge oder auch ordentliche Beiträge betroffen seien. Darüber hinaus sei unklar, welche Bereiche der Arbeit der Organisation hiervon betroffen seien, da die Finanzmittel aus unterschiedlichen Quellen in den Vereinigten Staaten stammten. Allgemein sei die Europäische Region auf 20% der freiwilligen Beiträge aus den Vereinigten Staaten angewiesen, von denen etwas mehr als die Hälfte in die Bewältigung akuter Notlagen in der Region flössen, insbesondere die syrische Flüchtlingssituation in der Türkei. Die übrigen Beiträge seien für unterschiedliche Programmbereiche von entscheidender Bedeutung, darunter etwa übertragbare Krankheiten, Immunisierung, HIV, Tuberkulose, Influenza, Notfallvorsorge, nichtübertragbare Krankheiten und Lebensmittelsicherheit. Eine globale sowie eine Europäische Sonderarbeitsgruppe befassten sich mit den Folgen der vorläufigen Einstellung der Finanzmittel und arbeiteten an der Erstellung von Prognosen für eine Vielzahl von Szenarien. Selbst in dem besten in Betracht gezogenen Fall sei mit einer Verzögerung der globalen Finanzmittel in Höhe von 100 Mio. US-\$ zu rechnen, die voraussichtlich ab Oktober 2020 zu spüren sei.

12. Zu guter Letzt versicherte der Regionaldirektor dem Ständigen Ausschuss, dass auch inmitten der COVID-19-Krise jede Anstrengung unternommen werde, um die Einstellung der neuen Leitungsebene im Regionalbüro mit absoluter Transparenz und Rechenschaftslegung zu gewährleisten. Es würden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit dem WHO-Hauptbüro genutzt, um das finanzielle Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Alle Maßnahmen des

Regionalbüros würden dokumentiert, um vollständig auf eine mögliche externe Evaluation vorbereitet zu sein, sollten die Mitgliedstaaten eine solche fordern.

Aktuelles zur Politiksteuerung

13. Der Vorsitzende gab einen aktuellen Überblick zur Politiksteuerung angesichts der Auswirkungen der COVID-19-Krise: der Exekutivrat sei aufgefordert worden, vorherige Beschlüsse zu Ort und Zeitpunkt der Tagungen der globalen leitenden Organe im Wege eines vereinfachten schriftlichen Verfahrens zu ändern. Im Falle einer entsprechenden Einigung werde die 73. Weltgesundheitsversammlung in virtueller Form mit verkürzter Tagesordnung abgehalten und am 18. Mai 2020 eröffnet. Auch die 147. Tagung des Exekutivrates werde am 22. Mai in virtueller Form mit einer verkürzten Tagesordnung abgehalten. Die 32. Tagung des Programm-, Haushalts- und Verwaltungsausschusses des Exekutivrates werde verschoben.

14. Im Hinblick auf die Planung der 70. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa (RC70) seien angesichts der anhaltenden Ungewissheit bezüglich der gegenwärtigen Pandemie Konsultationen abgehalten worden, um die Möglichkeit einer Ausrichtung des RC70 in Kopenhagen und des RC71 in Tel Aviv zu prüfen. Dies werde die Abhaltung der Tagung in virtueller Form im September 2020 vereinfachen, sofern eine physische Tagung für unmöglich befunden werde, und würde die Kosten für An- und Abreise, Tagungseinrichtungen und Logistik minimieren. Der Vorschlag sei von der Regierung Israels als annehmbar erachtet worden und der Plan könne vom SCRC auf dessen vierter Tagung im Mai 2020 weiter erörtert werden. Der Vorsitzende schlug vor, dass die Arbeitsgruppe für Führungsfragen im Vorfeld zusammenkommen solle, um dieses Thema zu besprechen.

Diskussion

15. Bei der anschließenden Diskussion dankten die Mitglieder des SCRC dem Regionalbüro für die Organisation der außerordentlichen Tagung und begrüßten die klare und detaillierte Darstellung des Regionaldirektors. Sie lobten die Unterstützung der Mitgliedstaaten während der COVID-19-Pandemie durch das Regionalbüro und erklärten, dass die jüngst ins Leben gerufene Plattform für den Wissensaustausch und der normative Leitfaden der WHO besonders wertvoll seien. Sie erkundigten sich nach den Fortschritten bei der Entwicklung und Verbreitung von Schnelltests für COVID-19 und der Wirksamkeit von Antikörper-Tests.

16. Ein schrittweises Vorgehen bei der Aufhebung der Beschränkungen in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sei von entscheidender Bedeutung und der Austausch von Informationen und Erfahrungen ermögliche es den Mitgliedstaaten, hierbei so effizient und effektiv wie möglich vorzugehen. Während eine strukturierte Exitstrategie unerlässlich sei, müsse sorgsam vorgegangen werden, um sicherzustellen, dass jeder Mitgliedstaat die für die Gegebenheiten im jeweiligen Land angemessenen Maßnahmen ergreife. Vergleiche hinsichtlich der Schnelligkeit, mit der Beschränkungen in unterschiedlichen Ländern aufgehoben würden, könnten zu Verwirrung führen, insbesondere in der Öffentlichkeit. Dies könne zu Frustrationen führen, dass einige Länder Beschränkungen früher aufhoben als andere. Es seien daher evidenzgeleitete Empfehlungen zur Aufhebung von Beschränkungen und zum Übergang aus der Pandemie ohne die Gefahr weiterer Infektionswellen erforderlich.

17. Insbesondere sei wichtig, Lehren aus der COVID-19-Krise zu ziehen und sicherzustellen, dass eine robuste Architektur zur Wahrung der Gesundheitssicherheit vorhanden sei, mit einer starken WHO zur Unterstützung der Mitgliedstaaten. Eine Evaluation der diesbezüglichen nationalen Strategien sei nützlich und Ansätze, wie sich die Unterstützung durch das Regionalbüro optimieren lasse, müssten Berücksichtigung finden. Der langfristigen Bereitschaftsplanung müsse Priorität eingeräumt werden. Die Berichterstattung über Surveillance-Informationen sollte überprüft und vereinfacht werden. Es müsse eine Bewertung des Umfangs stattfinden, in dem die Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) während der Pandemie Anwendung gefunden hätten, und gegebenenfalls geprüft werden, wie sich deren Anwendung ausweiten ließe. Während die Gesundheitsministerien in der Vergangenheit mit Problemen zu kämpfen gehabt hätten, in verschiedenen Bereichen ressortübergreifende Unterstützung zu erhalten, sei der Gesundheitsbereich infolge der Pandemie rasch in den Fokus gerückt. Diese Gelegenheit sollte man nutzen. Die Pandemie werde die Welt unumkehrbar verändern, daher müsse jede Anstrengung unternommen werden, um so konstruktiv wie möglich voranzuschreiten. In dieser Hinsicht könne die WHO eine wichtige Rolle bei der Förderung der Ökonomie des Wohlergehens spielen.

18. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses ermutigten das Regionalbüro, einen Überblick über die aktuelle COVID-19-Situation in der Europäischen Region sowie evidenzgeleitete Prognosen abzugeben, wie sich die Situation in den kommenden Wochen weiter entwickeln könnte. Eine Analyse der bislang nach einigen Monaten aus der Krise gezogenen Lehren sei besonders nützlich für die Bewältigung einer möglichen zweiten Welle in Ländern, in denen die Pandemie bereits ihren Höhepunkt erreicht habe, sowie für die Bewältigung bevorstehender Höchststände in anderen Ländern. Der vielfältige Einsatz der Bediensteten der WHO im Rahmen des Kampfes gegen COVID-19 müsse auch auf Länderebene erfolgen. Es könne nützlich sein, mehr über die Kriterien für die Entsendung von WHO-Missionen in die Länder während der gegenwärtigen Krise zu erfahren. Darüber hinaus würden weitere Informationen darüber begrüßt, wie die WHO ihre Aktivitäten mit jenen anderer Organisationen der Vereinten Nationen abstimme, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung auf Länderebene.

19. Hinsichtlich der Finanzierungssituation der WHO habe die Einstellung von Beitragszahlungen durch die Vereinigten Staaten gezeigt, wie einfach und schnell die Mitgliedstaaten ihr Wort bezüglich wichtiger Absprachen brechen könnten. Die Mitgliedstaaten in der Europäischen Region hätten sich dazu verpflichtet, die Nachhaltigkeit der Finanzierung der Organisation zu verbessern, um zu gewährleisten, dass diese nicht plötzlich mit finanziellen Härten zu kämpfen habe und die Herausforderungen bei der Reaktion auf Notlagen sich nicht weiter verschärften. Für das Investitionsszenario sei es sinnvoll, eine Bewertung der Infrastruktur des Regionalbüros für die Unterstützung der Länder während der COVID-19-Pandemie durchzuführen. Auch würden weitere Informationen zu den Auswirkungen der Streichung der Finanzmittel vonseiten der Vereinigten Staaten auf das Regionalbüro begrüßt, sobald die Situation im Detail bewertet worden sei. Sei es erforderlich einen umfassenden Finanzierungsplan zu erstellen, um Finanzierungslücken zu schließen, oder sei es dafür noch zu früh?

20. Auch die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Funktionsfähigkeit der leitenden Organe der WHO müssten betrachtet werden. Es müsse ein Konsens gefunden werden, wie die vorgeschlagene Resolution zu COVID-19 zur Annahme durch die 73. Weltgesundheitsversammlung zu formulieren sei. Eine verkürzte Tagesordnung werde bedeuten, dass die einzigen während der Weltgesundheitsversammlung angesprochenen Themen die COVID-19-Pandemie und die Wahl der Mitglieder des Exekutivrates seien. Der Exekutivrat

werde sich auf seiner 147. Tagung ausschließlich mit der Wahl der Mitglieder seines Programm-, Haushalts- und Verwaltungsausschusses befassen. Alle sonstigen Angelegenheiten würden bis 2021 aufgeschoben. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Tagesordnung des Regionalkomitees erheblich gekürzt werden. Welche Vorbereitungen würden für die Konsultation mit den Mitgliedstaaten zum EPW und für dessen voraussichtliche Annahme getroffen? Das EPW sei ein wichtiges Dokument, nicht nur für den Übergang zur neuen Führungsstruktur des Regionalbüros, sondern auch für die Ausrichtung seiner Arbeit in den kommenden Jahren. Daher müsse der raschen Annahme des EPW Priorität eingeräumt werden. Ein Beschluss zur Verlegung des RC70 sollte auch eine Option zur Abhaltung einer virtuellen Tagung oder zur Verschiebung der Tagung beinhalten, sofern dies erforderlich werde. Wie werde die Annahme eines Änderungsvorschlags zu Ort und Zeitpunkt des RC70 vonstatten gehen?

21. Der Regionaldirektor erklärte, dass am 24. April 2020 Leitlinien der WHO für die Übergangsphase weg von den Beschränkungen in Zusammenhang mit der COVID-19-Krise veröffentlicht worden seien.² Das Regionalbüro werde auch weiterhin als Koordinator dienen und Wissen und Evidenz verbreiten, sobald sie zur Verfügung stehen. Es sei klar, dass die Kernkapazitäten gemäß den Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) verstärkt werden müssten. Hinsichtlich der Tests gäbe es bislang noch keine Bestätigung zur Wirksamkeit serologischer Tests.

22. Bezüglich der Koordinierung der Arbeit in den Ländern zwischen den Organisationen der Vereinten Nationen stünden verschiedene Plattformen zur Verfügung. Die WHO übernehme hierbei eine Führungsrolle und arbeite im Hinblick auf die strategische Bereitschaftsplanung und entsprechende Reaktionspläne für die Umsetzung auf globaler, regionsweiter und nationaler Ebene eng mit anderen Organisationen und Partnern zusammen. Darüber hinaus arbeite die WHO auch über die Sonderarbeitsgruppe der Vereinten Nationen für die COVID-19-Versorgungskette eng mit anderen Organisationen zusammen. Auf Ebene der Region fänden zwischen den Regionaldirektoren aller Organisationen der Vereinten Nationen und den residierenden Koordinatoren der Vereinten Nationen in der Europäischen Region regelmäßige Videokonferenzen statt. Die WHO-Länderbüros seien umgestellt worden, um die Krise zu bewältigen. Auch wenn 18 vorrangige Länder für die Unterstützung in der Region identifiziert worden seien, werde das Regionalbüro auf Bitten um Hilfe aus allen Mitgliedstaaten reagieren. Der Regionaldirektor lobte die Bediensteten des Regionalbüros, die allesamt unter diesen schwierigen Umständen hart arbeiten würden.

23. Im Hinblick auf die Frage zur Zukunft nach der Pandemie und zur Sammlung von Evidenz lasse sich sagen, dass der Gesundheitssystem-Reaktionsmonitor der WHO gut funktioniere und genutzt werde, um die ergriffenen Maßnahmen und die daraus gezogenen Lehren zu dokumentieren. Die WHO habe sich dazu verpflichtet, die zukünftige Bereitschaftsplanung zu stärken und die Ökonomie des Wohlergehens zu fördern. Während der gegenwärtige Fokus auf dem Übergang aus der Pandemie und der Aufhebung der Maßnahmen im Kampf gegen COVID-19 läge, werde auch die Einrichtung einer paneuropäischen COVID-19-Kommission in Betracht gezogen, um Bilanz über die neuen Realitäten und die Auswirkungen der Pandemie zu ziehen, etwa im Hinblick auf Themen wie die Digitalisierung und die Ökonomie des Wohlergehens.

² Siehe: <http://www.euro.who.int/de/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/novel-coronavirus-2019-ncov-technical-guidance-OLD/coronavirus-disease-covid-19-outbreak-technical-guidance-europe-OLD/strengthening-and-adjusting-public-health-measures-throughout-the-covid-19-transition-phases.-policy-considerations-for-the-who-european-region,-24-april-2020>.

24. Das offizielle Verfahren zur Änderung von Ort und Zeitpunkt des RC70 sehe eine Einigung über die Änderung der Resolution EUR/RC69/10 zu Ort und Zeitpunkt künftiger Tagungen des Regionalkomitees im Zeitraum 2020–2022 vor. Es werde ein Entwurf für den Vorschlag einer entsprechenden Änderung ausgearbeitet, der auch die Möglichkeit einer virtuellen Tagung und erforderlichenfalls der Kürzung der Tagesordnung beinhalte. Dieser werde der SCRC-Arbeitsgruppe für Führungsfragen zur Prüfung vorgelegt.

25. Hinsichtlich der vorläufigen Einstellung der Finanzmittel durch die Vereinigten Staaten sei es wohl der schlimmste Fall, wenn die Situation über die vorläufige Einstellung dieser Finanzmittel hinausginge und sich auf die ordentlichen Beiträge auswirken würde. Es sei eine Sonderarbeitsgruppe eingerichtet worden, um die Situation genau zu prüfen. Diese werde der Weltgesundheitsversammlung im Mai Bericht erstatten.

Abschluss der Tagung

26. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass die vierte Tagung des Siebenundzwanzigsten SCRC in virtueller Form am Freitag, 15. Mai 2020 stattfinden werde. Aufgrund der Umstände werde die Tagesordnung gekürzt und das Programm auf eine Dauer von drei Stunden angepasst; inhaltliche Schwerpunkte seien die aktuelle Lage angesichts der COVID-19-Pandemie, das EPW sowie die Wahlen und Nominierungen. Für die zur Vorlage an das RC70 bestimmten fachlichen Dokumente und Fortschrittsberichte werde ein schriftliches Verfahren zur Stellungnahme und Konsultation eingeführt. Der Vorsitzende dankte dem Regionaldirektor und den Bediensteten beim Regionalbüro für ihre harte Arbeit unter den schwierigen Bedingungen und erklärte dann die Tagung für beendet.

= = =